

Wiener wartet seit 27 Jahren auf Gemeindewohnung

Ungeduld kann man Robert Zmasser wahrlich nicht vorwerfen. Seit 27 Jahren wartet der Wiener Programmierer auf eine Gemeindewohnung. Nach der Scheidung im Jahr 1992 hat er sich auf die Warteliste setzen lassen. Antwort kam bis heute keine. Jetzt hat der 59-Jährige einen neuen Anlauf gestartet. Und muß sich hinten einreihen.

Im „Vormerkschein“ vom 25. Mai 1992 - damals von der MA 50 ausgestellt - ist von einer „gewissen Wartezeit“ die Rede, weil die Liste an Wohnungssuchenden lang sei. Die Magistratsstelle weist auch darauf hin, daß sie keine Urgenzschreiben wünscht. Also ständiges Nachhaken nicht gewollt ist.

Mußte neuen Schein ziehen

Das hat Zmasser wohl übertrieben ernst genommen. Er fragte nie nach. Und von der MA 50 kam nie was. Nur jetzt hat der gelernte Elektrotechniker ein Problem. Es droht ihm die Obdachlosigkeit. „Ich lebe derzeit bei Freunden in einem Durchgangszimmer. Aber das geht nicht mehr lange so.“ Also hat er Wiener Wohnen kontaktiert. Und muß einen neuen Vormerkschein ziehen. Mit allen gängigen Wartezeiten. Warum?

„War immer in Wien gemeldet“

Zmasser hat in den 27 Jahren mal bei seiner pflegebedürftigen Mutter, mal bei seiner Lebensgefährtin gewohnt. „Er hat diese Umzüge aber nie gemeldet“, heißt es bei Wiener Wohnen. Der Mann sei nicht zu finden gewesen, seine Daten mittlerweile futsch. „Ich war immer in Wien gemeldet. Ein Blick ins Melderegister hätte genügt“, sagt Zmasser. Und auf dem MA-50-Schreiben stehe nirgends, dass Umzüge bekannt zu geben sind.

Alex Schönherr, Kronen Zeitung

Casinos Austria Ex-Vorstand Hoscher erhielt mehr als vier Millionen Euro

*„Standard“ berichtet über Casinos-Sonderbericht:
Ex-Vorstand Hoscher soll mehr als vier Millionen
Euro erhalten haben, Labak ging mit rund 2,4
Millionen Euro.*

Die Ablöse des Ex-Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher (SPÖ) kostet mehr als vier Millionen Euro, berichtete der „Standard“ am Montag unter Berufung auf den Sonderbericht des Aufsichtsrats. Hoschers Anwalt und die Casinos Austria wollten sich nicht dazu äußern. Vorstandskollege Alexander Labak erhielt dem Medienbericht zufolge rund 2,4 Mio. Euro.

Die aus dem Trennungsvertrag anfallenden Zahlungen an Hoscher betragen - ohne Abfertigung und Bonus für 2019 - rund 3,5 Millionen Euro, „in Summe also deutlich mehr als vier Millionen“, berichtete die Zeitung.

Der Casinos-Aufsichtsrat hatte wegen der Bestellung von Peter Sidlo (FPÖ), die auch die Korruptionsstaatsanwaltschaft beschäftigt, einen Sonderbericht bei KPMG und der Anwaltskanzlei Schima, Mayer, Starlinger beauftragt.

Die Prüfer sind laut „Standard“ zu dem Ergebnis gekommen, daß die vorzeitige Abberufung von Labak und Hoscher rechtmäßig war und die millionenschweren Vertragsauflösungen nicht den Tatbestand der Untreue erfüllen. Die Entscheidung 2018, sich von Labak und Hoscher zu verabschieden, sei nötig gewesen, weil der Vorstand „als Team nicht einwandfrei funktioniert“ habe und habe nichts mit Sidlos späterer Bestellung zu tun.

Zurechtkommen - Zitat

In einer modernen Welt zurechtkommen, mit sich selbst und mit anderen, mit all den alten und neuen Gefühlen, mit bereits Erfahrenem, Erlittenem, mit dem, was gerade ansteht, und was man sonst noch alles sollte. Seinen Ort finden in all dem inneren und äusseren Chaos und wieder zu träumen wagen, weil Träume Raum bieten, sich selbst besser kennen und spüren zu lernen.

(© M.B. Hermann)

Allen seinen Lesern und Freunden wünscht der Wiener Beobachter ein frohes Fest und ein gutes 2020.

Wie Sie wissen, sind wir nur und ausschließlich von den Spenden unserer Leser abhängig – daher unsere Bitte: Helfen und unterstützen Sie uns auch im neuen Jahr.

Gerald G. Grosz

Liebe Genossin Pamela Joy Rendi Wagner!

Das ist schmerzlich: Wenige Tage vor Weihnachten haben sie noch rasch 27 Mitarbeiter an die Luft gesetzt, den sprichwörtlich blauen Brief zugestellt. Und alle fallen überraschend wie ein Wolfsrudel über Sie her, wo Sie doch nur ganz in der Tradition sozialistischer Wirtschaftspolitik, der BAWAG-, Verstaatlichten und Konsumpleiten agierten. Ja, das ist die Sozialdemokratie: Ein jahrzehntelang erfolgreicher Weg, an dessen Rand sich die mitschreitenden Arbeitslosen nur so stapeln wie der Turm von Babel. Im sommerlichen Wahlkampf haben Sie noch ekstatisch eine Erbschaftssteuer, eine Totensteuer von 35 Prozent, gefordert. Seien Sie doch froh, dass dieser Wahnsinn nicht zur gesetzlichen Methode wurde. Bei der roten Erblast von 14 Millionen Euro möchte ich mir die Totensteuer angesichts des mittlerweile verwesenden Leibs der Sozialdemokratie gar nicht mehr ausrechnen. Apropos Sommer: Da saßen Sie noch in St. Tropez, im Club 55 und frönten dem süßen Leben an der Cote d'Azur. Mit einer Flasche Rosé – also einem ausgewaschenen Roten – träumten Sie von der Kanzlerschaft. Ein deutscher Aphoristiker sagte einmal: „Bankrott – und keine Mittel mehr? Drum leb ich hier am Mittelmeer! Versteck mich da in einer Villa, bis zu Haus wird alles still!“ Zumindest sind Sie der lebende Beweis für die alte Binsenweisheit: Je größer der Konkurs, umso größer der Luxus. Ihr Mitpleitier und ehemaliger Bundesgeschäftsführer Thomas Prozda Drozda hat sich mit seinem Porsche bereits aus dem Staub gemacht, Ihr Tiroler Regionalfaktotum schmeißt nur mehr die Flinte – nicht ins Korn – richtig: in den Porsche. Überhaupt steigen die noblen Statussymbole innerhalb der Sozialdemokratie reziprok zu den horrenden Verlusten bei Wahlen. Das nennt sich dann wohl Frustkauf. Aber verehrte Pamela Joy, lassen Sie sich keine grauen Haare wachsen. Auch da stehen Sie und Ihre GenossInnen ganz in der Tradition gelebten Sozialismus'. Gegen Ende der DDR soll die Datscha von Erich Honecker am luxuriösesten gewesen sein. Zurück zu Österreich: Da geißeln Sie im Parlament den Postenschacher bei den Casinos und vergessen in der Hitze des parlamentarischen Gefechts, dass der größte Pfosten mit Posten ausgerechnet ein Roter war. Wer selbst im Schlachthaus sitzt, sollte halt nicht mit Schweinen werfen. Also meine liebe Genossin Vorsitzende, bis demnächst, wenn ich Ihnen einen umfassenden Nachruf widmen darf. Dann heißt's nämlich: De mortuis nil nisi bene. (Über die Toten soll man nur Gutes reden.)

SONDERGEMEINDERAT

Wiener Spitäler: „Baustelle an Baustelle“

*Gangbetten und baufällige Spitalsgebäude:
Nur zwei der zahlreichen Probleme im
Wiener Gesundheitswesen*

Einen schweren Start in die Woche hatte Wiens Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ): Beim

Sondergemeinderat zum Thema „Akutpatient Wiener Spitäler“ gab es für ihn heftige Kritik von der Opposition. FPÖ, ÖVP und NEOS waren sich einig, daß akuter Handlungsbedarf besteht: „Es reiht sich Baustelle an Baustelle.“

Gleich zum Auftakt listete Gemeinderat Wolfgang Seidl (FPÖ) die vielen Problemfelder im Gesundheitswesen auf - von den Gangbetten über Personalprobleme bei Ärzten und Pflägern bis zu den 37 Wassereinbrüchen nach der Fertigstellung im Krankenhaus Nord: „Dort ist es feuchter als im Amazonas. Wahrscheinlich könnte man dort mittlerweile Schwammerln züchten“, meinte Seidl.

Alle schießen sich auf Hacker ein

Massive Probleme orteten auch die NEOS: „Der KAV behandelt nicht nur Patienten, sondern ist selbst ein Notfallpatient“, diagnostizierte Klubchef Christoph Wiederkehr. Hinzu kommen ein fehlendes Problembewußtsein und mangelnde Transparenz. Gemeinderätin Ingrid Korosec (ÖVP) nahm Hacker ebenfalls ins Visier: „Flotte Sprüche statt nachhaltiger Lösungen“, lautete ihr Befund. Zugleich forderte sie den Stadtrat auf, endlich für funktionierende Strukturen zu sorgen.

Die Mandatare der Stadtregierung stellten sich hinter Hacker. Gemeinderätin Birgit Meinhard-Schiebel (Grüne) meinte etwa zu fehlenden Ärzten und Pflägern, daß diese „nicht auf der grünen Wiese wachsen“. Für die Redner der Opposition gab es heftige Kritik. Gemeinderat Kurt Wagner (SPÖ) sprach von „Misserfolgshoffern“. Die Stadtregierung werde hingegen den erfolgreichen Weg fortsetzen - mit Hacker.

29-Jähriger mit Messer attackiert - 3 Festnahmen

*Ein Streit zwischen vier Männern am
Antonsplatz in Wien-Favoriten eskalierte am
Freitagabend derart, daß ein 29-Jähriger mit
einem Messer verletzt wurde.*

Ein 29-Jähriger ist laut Polizei am Freitagabend am Antonsplatz in Wien-Favoriten mit drei afghanischen Staatsangehörigen im Alter von 20, 22 und 25 Jahren in Streit geraten. Der 25-Jährige griff daraufhin zu einem Messer und attackierte den 29-Jährigen. Anschließend flüchteten die drei Afghanen.

Im Zuge einer Fahndung konnten Polizeibeamte die drei Flüchtigen im Bereich der Quellenstraße anhalten und festnehmen. Die Beamten konnten dabei auch das Messer sicherstellen.

Der 29-Jährige wurde vor Ort von den Einsatzkräften der Wiener Berufsrettung erstversorgt und anschließend in ein Spital gebracht. Er erlitt durch den Angriff diverse Schnittverletzungen an Handflächen, Fingern und Knien. Es bestand jedoch zu keiner Zeit Lebensgefahr.

„MACHE WAS ICH WILL“ **Asylwerber nach Ladendiebstahl festgenommen**

Ein 33-jähriger Georgier und Asylwerber aus St. Georgen am Attergau wurde nach einem Ladendiebstahl in Vöcklabruck festgenommen. Bei einer genaueren Prüfung sahen die Polizisten, daß es gegen ihn eine bestehende Festnahmeanordnung gibt. Er muß jetzt drei Monate ins Gefängnis.

Ein 33-jähriger georgische Staatsangehöriger und Asylwerber aus dem St. Georgen am Attergau wurde nach einem Ladendiebstahl in Vöcklabruck in der Polizeiinspektion Vöcklabruck einvernommen. Der Georgier gab gegenüber den Beamten sinngemäß an, daß er Österreich liebe, denn hier könne er machen was er wolle, er könne stehlen ohne etwas befürchten zu müssen. Bei einer genaueren Prüfung der Person sahen die Polizisten, daß es gegen ihn eine bestehende Festnahmeanordnung gibt. Dem 33-Jährigen, der die beiden Beamten nach dem Ladendiebstahl im Geschäft noch fragte, ob er denn den gestohlenen Gegenstand als Weihnachtsgeschenk behalten dürfe, wurde mitgeteilt, daß er noch drei Monate Haft offen habe und diese nun absitzen müsse.

KURZ GREIFT NACH STATISTIK AUSTRIA

Unterstützt von Interimsminister?

Der nächste Postenschacher? Die Statistik Austria bekommt einen neuen Chef. Werner Holzer löst Konrad Pesendorfer ab. Das entschied der aktuelle Minister Schallenberg. Aber Holzer war schon in der kontroversen Reformgruppe der Statistik Austria, die das Ministerium von Gernot Blümel leitete.

Mit der Statistik Austria hatte die Kurz-Strache-Regierung viel vor. Das ist logisch, denn dort sind Daten und Millionen Zahlen der Österreicher gespeichert. Die Zahlen politisch einfärben, wäre hochbrisant. Es gibt keine Statistik ohne Interpretation, die Statistik Austria könnte demnach leicht zu Spielball politischer Einstellungen werden.

Werner Holzer neuer Chef der Statistik Austria

Im Februar, rund drei Monate vor Ibiza, gab es Aufregung rund um das österreichische Datenzentrum: Eine geplante Reorganisation ausgehend aus dem Kanzleramtsministerium brachte Wirbel und die Opposition in Rage. Im Kanzleramtsministerium saß damals Gernot Blümel, bekanntlich einer der engsten Kurz-Vertrauten. Kontrovers Konrad Pesendorfer, der Generaldirektor, war nicht in der Reformgruppe. Sein Stellvertreter Werner Holzer sehr wohl. Er gilt als ÖVP-nahe. Das hatte Folgen: Pesendorfer enthob Holzer seiner Stellvertreterposition. Der Vertrag des Generaldirektors läuft bis Ende 2019. Für Pesendorfer ist es vorbei. Nun wurde klar, wer den Posten übernimmt: Werner Holzer war die damals eingesetzte Reformgruppe.

NEOS sehen ÖVP-Postenschacher

Der aktuelle Kanzleramts- und Außenminister Alexander Schallenberg entschied dies am Donnerstag. Pesendorfer kündigte an, sich zurückzuziehen. Laut Schallenberg sei die fachliche Qualifikation für die Berufung ausschlaggebend gewesen. Zudem sei die Übernahme durch Holzer nur vorübergehend, später müsse die neue Regierung entscheiden.

Auch Pesendorfer wird eine SPÖ-Parteinähe nachgesagt. Kritik an der Entscheidung Schallenbergs üben vielleicht auch deshalb nur die NEOS. „Es wird vorerst ein ÖVP-naher Kandidat die Leitung der Statistik Austria übernehmen. „Das muntere Postenbesetzen nach Parteibuch geht also weiter, nichts gelernt, kein Genierer“, kritisiert NEOS-Mann Sepp Schellhorn. Er ärgert sich auch, dass die Stelle nicht ausgeschrieben wurde. Dies argumentiert das Kanzleramt damit, dass es sich nur um eine vorübergehende Bestellung handelt.

Kurz wußte von nichts

Damit umklammert die ÖVP die Statistik Austria erneut. Die Klammerung wird mit der Bestellung stärker. Für Schellhorn brandgefährlich: „Die Statistik Austria muss der ÖVP entzogen werden. Wenn eine Partei die Deutungshoheit über die Zahlen und Fakten der Statistik Austria hat, wäre das eine komplett undemokratische Entwicklung.

Im Februar wollte Sebastian Kurz und sein Kanzleramtsministerium das Geld für die Öffentlichkeitsarbeit kürzen. Die Abteilung für Analyse sollte ganz aufgelöst werden. Argumentiert wurde das betriebswirtschaftlich: Die Statistik Austria habe ein Budgetproblem. Das stimmt auch so. Sebastian Kurz gab sich in der Debatte verschlossen, er wisse von nichts. Im Februar auf die Pläne angesprochen, sagte er: „Das kann sein. Wir nehmen immer wieder Veränderungen vor, aber von meiner Seite ist nichts Konkretes geplant.“

Pikant: Schallenberg wird auch für einen Ministerposten in der neuen Regierung gehandelt. Ist vielleicht auch der zukünftige Kanzler, der Sebastian Kurz heißen wird, mit der Bestellung zufrieden? Dann wird aus Holzer vielleicht der Langzeit-Chef der Statistik Austria.

„Muslimische Schüler fühlen sich gestört“: Keine Adventkranz-Segnung in der Volksschule

Die übertriebene politische Korrektheit einer Schuldirektorin in Oberösterreich treibt seltsame Blüten. Nach Informationen des früheren Religionslehrers Helmut K. schmiß die Schulleiterin der Volksschule Sattledt (Bezirk Wels-Land), Lore B., die traditionelle Adventkranz-Segnung aus der Aula des Schulgebäudes – mit einer mehr als dubiosen Begründung.

Brief an die Eltern

K., inzwischen pensioniert, schreibt an die Eltern:

Nach der Adventkranz-Segnung 2018 sagte die neue Leiterin Lore B. zu mir:

Die Adventkranz-Segnung möchte sie nicht mehr in der Schule haben, „damit die muslimischen Kinder nicht gestört werden.“

Wir sollen im nächsten Jahr in den Pfarrsaal oder in die Kirche gehen.

Ich habe das ziemlich daneben empfunden. Natürlich weiß ich, daß sich die muslimischen Kinder dadurch nie gestört fühlten. Sie wurden die Jahre vorher genauso wie bei den Schulgottesdiensten gefragt, ob sie dabei sein möchten oder nicht. Für die, die nicht dabei sein wollten, wurde eine Aufsicht eingerichtet.

Auch der muslimische Religionslehrer, Herr D., hat überhaupt nichts dagegen.

Keine Stellungnahme der Direktorin

Religionslehrer K. machte daraufhin eine WhatsApp-Umfrage bei den Eltern der Schüler. „Fast alle Eltern waren dafür“, so K.. „Ich finde es nicht gut, wie über die Eltern drübergefahren wird“.

Unzensuriert hat die Schuldirektorin mit den Aussagen des früheren Religionslehrers konfrontiert, aber bis dato keine Stellungnahme bekommen. Schade, denn wir wollten von Frau B. auch wissen, ob ihre Maßnahme, keine Adventkranz-Segnung in der Schule durchzuführen, im Schulgemeinschaftsausschuß besprochen wurde, und wie viele moslemische Kinder die Volksschule Sattledt besuchen, die sich durch eine Segnung „gestört fühlen“ könnten.

Wien verschärft Kontrollen: Mehrheit wünscht sich Bettelverbot

Die Mehrheit der Österreicher sprach sich in einer Umfrage der Zeitschrift „Profil“ für ein allgemeines Bettelverbot in Städten aus. Die Stadt Wien will indes die Kontrollen gegen organisierte Bettelei verstärken.

Die Mehrheit der Österreicher befürwortet ein generelles Bettelverbot in Städten. Bei einer Umfrage für die Zeitschrift „Profil“ sprachen sich 67 Prozent der Befragten dafür aus. Die Stadt Wien will indes die Gangart im Umgang mit der organisierten Bettelei verschärfen, kündigte Sozialstadtrat Peter Hacker (SPÖ) an.

Nur ein Viertel gegen Bettelverbot

26 Prozent der Befragten lehnen hingegen laut der vom Meinungsforschungsinstitut Unique research durchgeführten Umfrage ein generelles Bettelverbot in Städten ab. Acht Prozent der Befragten hatten dazu keine Meinung.

Die Stadt Wien will künftig schärfer gegenüber der organisierten Kriminalität vorgehen. „Wir wissen, daß es Gegenden in Rumänien gibt, von wo ganze Dörfer auf Betteltour fahren. Das kann ich als Stadtrat nicht akzeptieren“, sagte Hacker im Interview mit dem „Profil“. Für ihn habe das nichts mit Armutsbekämpfung zu tun. „Da nützt eine Gruppe einfach die Gesellschaft und die Situation in einer Stadt aus.“ Hacker fühle sich „vor allem für die Menschen in Wien zuständig“. „Wir können nicht die Armut der ganzen Welt in dieser Stadt bekämpfen.“

Wiener Polizei mit Schwerpunkt gegen Bettler

Derzeit läuft eine Schwerpunktaktion der Wiener Polizei gegen organisiertes Betteln. Innenminister Wolfgang Peschorn möge klären, „ob die Leute rechtmäßig hier sind oder nicht“, forderte der Wiener Stadtrat. „Das ist sein Job, nicht unserer.“ Auf die Frage, ob er dafür sei, mehr osteuropäische Bettler abzuschieben, sagte Hacker: „Ich bin nicht dafür, ich hätte nur nichts dagegen. Das ist ein feiner Unterschied.“

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 271 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *